

## A010: Situation von Geflüchteten in Deutschland verbessern – Integration durch (Aus)Bildung

Laufende Nummer: 035

|                                                  |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
|--------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Antragsteller/in:</b>                         | DGB-Bundesjugendausschuss                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| <b>Empfehlung der ABK:</b>                       | Annahme in geänderter Fassung                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| <b>Sachgebiet:</b>                               | A - Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| <b>Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen</b> | <p>Zeile 1 - 5: Streichung<br/>         Zeile 7 - 9: Ersetzung<br/>         Zeile 11 - 14: Streichung<br/>         Zeile 15 - 16: Ergänzung<br/>         Zeile 18 - 22: Ersetzung<br/>         Zeile 23: Ersetzung<br/>         Zeile 24 - 26: Streichung<br/>         Zeile 27 - 28: Ersetzung<br/>         Zeile 29 - 31: Streichung<br/>         Zeile 32 - 35: Ersetzung<br/>         Zeile 37: Streichung<br/>         Zeile 45: Ersetzung<br/>         Zeile 46: Ergänzung<br/>         Zeile 49: Ergänzung<br/>         Zeile 52 - 53: Streichung<br/>         Zeile 54: Ersetzung<br/>         Zeile 55: Streichung<br/>         Zeile 56: Ergänzung<br/>         Zeile 59: Streichung<br/>         Zeile 62: Ersetzung<br/>         Zeile 75 - 77: Ersetzung<br/>         Zeile 80: Ersetzung<br/>         Zeile 81 - 84: Ersetzung<br/>         Zeile 85 - 86: Ersetzung<br/>         Zeile 87 - 88: Streichung<br/>         Zeile 89 - 90: Ersetzung</p> |

### Situation von Geflüchteten in Deutschland verbessern – Integration durch (Aus)Bildung

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

- 1 ~~Wie notwendig ein handlungsfähiger Staat ist, hat nicht zuletzt die Ankunft zehntausender~~
- 2 ~~Geflüchteter im Sommer und Herbst 2015 gezeigt. Länder und Kommunen, Sicherheitsorgane und~~
- 3 ~~Organisationen der öffentlichen Daseinsvorsorge waren mit den schnell steigenden Zahlen von~~
- 4 ~~Geflüchteten überfordert. Nicht, weil sie nicht wussten, was zu tun war, sondern weil sie bis an den~~
- 5 ~~Rand der Handlungsfähigkeit kaputtgespart wurden.~~
- 6 Für den DGB ist die Aufnahme und Integration von Geflüchteten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
- 7 ~~Ein handlungsfähiger Staat bedeutet für uns nicht, die Umsetzung rassistischer und populistischer~~
- 8 ~~Politik in Form von Abschiebungen oder deren Legitimation durch das Konstrukt vermeintlich „sicherer~~
- 9 ~~Herkunftsstaaten“. Staatliches Handeln muss kompromisslos vom ersten Artikel des Grundgesetzes~~

### Staatliches Handeln muss vom Artikel 1 des Grundgesetzes

10 geleitet sein: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Infolge dessen darf das Recht auf Asyl nicht  
11 zum Spielball politischer und populistischer Interessen- und Parteiarbeit werden. ~~Auch wenn dies-~~  
12 ~~leider – insbesondere auf europäischer Ebene – der Fall ist.~~ Wie groß die Herausforderung für Länder  
13 und Kommunen, für Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft auch sein mag, ~~auch in kürzester Zeit zu-~~  
14 ~~reagieren,~~ müssen aus Sicht des DGB folgende Grundhaltungen gegeben sein: Alle Akteur\_innen müssen  
15 es als ihre gemeinsame Aufgabe ansehen, eine menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und  
16 Integration zu gewährleisten.

Wie notwendig ein handlungsfähiger Staat ist, hat nicht zuletzt die Ankunft hunderttausender  
Geflüchteter im Sommer und Herbst 2015 gezeigt. Länder und Kommunen, Sicherheitsorgane und  
Organisationen der öffentlichen Daseinsvorsorge waren mit den schnell steigenden Zahlen von  
Geflüchteten überfordert. Nicht, weil sie nicht wussten, was zu tun war, sondern weil sie bereits  
über Jahre hinweg mit Spar- und Kürzungspolitik an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit gebracht worden  
sind.

### 17 **Lebensbedingungen von Geflüchteten verbessern**

18 ~~Geflüchteten – auch Geflüchteten ohne Papiere – muss grundsätzlich ein Recht auf~~  
19 ~~kostenfreie medizinische Versorgung gestattet werden und sie müssen freien Zugang zu~~  
20 ~~diesen erhalten, ohne dass ihre persönlichen Daten an die Ausländerbehörde weitergeleitet~~  
21 ~~werden. Darüber hinaus fordern wir die menschenwürdige Unterbringung und die Einhaltung~~  
22 ~~qualitativer Mindeststandards sowohl in der Erstaufnahme als auch in Übergangseinrichtungen.~~

Allen Geflüchteten muss grundsätzlich ein Recht auf kostenfreie medizinische Versorgung ermöglicht  
werden und sie müssen freien Zugang zu dieser erhalten. Darüber hinaus fordern wir die  
menschenwürdige Unterbringung und die Einhaltung qualitativer Mindeststandards in den von der  
Bundesregierung geplanten Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren (AnkER) sowie in  
Übergangseinrichtungen.

### 23 **Wir ~~fordern:~~ setzen uns dafür ein, dass:**

- 24 • ~~die Landesregierungen mit Unterstützung der Bundesregierung auf, die~~  
25 ~~Residenzpflicht für Asylsuchende aufzuheben und umgehend Aufnahmestellen für die~~  
26 ~~Erstaufnahme in menschenwürdigen Zuständen zu schaffen.~~
- die Landesregierungen mit Unterstützung der Bundesregierung die  
Residenzpflicht für Asylsuchende aufheben und umgehend Aufnahmestellen für die  
Erstaufnahme in menschenwürdigen Zuständen schaffen.
- 27 • ~~die Aufhebung der europäischen Asylzuständigkeitsregelung Dublin 2 und 3 Verträge (DrittII und  
III grundlegend verändert wird, damit ein gerechter Ausgleich zwischen den EU-Staaten~~  
~~-Regelungen), eine Aufhebung der~~  
28 ~~Arbeitsverbote und das Recht, eine eigene Wohnung zu beziehen stattfindet.~~
- 29 • ~~die Abschaffung aller Abschiebungen – ausnahmslos.~~
- 30 • ~~das Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – ab-~~  
31 ~~dem 16. Lebensjahr.~~
- 32 • ~~dass~~ die Asylantragsverfahren einfacher, ~~tolerant~~ fairer und transparenter werden. Eine

Bearbeitung

33 soll so schnell wie möglich erfolgen. Hierfür setzt sich der DGB für ~~die Einrichtung einer~~  
34 ~~unabhängigen Kontrollstelle für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur~~  
35 ~~Schaffung von fairen Entscheidungsprozessen~~ eine stärkere parlamentarische Kontrolle der  
Entscheidungsprozesse ein.

## 36 **Integration durch Bildung und Ausbildung**

37 ~~Für Geflüchtete gilt, was für alle Menschen gilt:~~ Bildung ist ein Menschenrecht. Den Zugang der  
38 Menschen zu Bildung darf nicht an ihren aufenthaltsrechtlichen Status oder ein dauerhaftes  
39 Bleiberecht gebunden sein. Schmalspurausbildungen und Teilqualifizierungen für Geflüchtete lehnen  
40 wir ab. Gerade für die unter 25-Jährigen, die entweder schulpflichtig oder im Ausbildungs-  
41 /Studienalter sind, müssen Sprachförderung und der Zugang zu Schule, Ausbildung und Studium  
42 abgesichert werden. Sprachförderung ist ein zentraler Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Hier  
43 gilt es, bedarfsgerechte Angebote zu schaffen und Personal und Weiterbildungsangebote auszubauen.  
44 Sprachkurse für Geflüchtete müssen gebührenfrei sein.

### 45 **Wir ~~fordern:~~ setzen uns ein:**

46 • für die Schaffung eines rechtssicheren Aufenthalts für Schüler\_innen, Auszubildende und  
Studierende

47 jenseits des Duldungssystems. Dieses Bleiberecht soll nach erfolgreich abgeschlossener/m  
48 Ausbildung/Studium entfristet werden.

49 • dafür, dass Ausbildungs-(platz)wechsel und Ausbildungsabbrüche keine Abschiebung zur Folge  
haben.

50 Junge geflüchtete Menschen sind sonst wehrlos gegenüber schlechten Ausbildungsbedingungen und  
51 Ausbeutung.

52 • ~~für alle Menschen, die nach Deutschland einwandern, den~~ einen gebührenfreien Zugang zu  
53 Bildungsangeboten, ~~der ihnen~~ unabhängig vom Aufenthaltsstatus ~~gewährt wird~~.

54 • ~~dass ausländische~~ für eine umfassende Anerkennung von ausländischen Schul- und ~~Berufsabschlüsse~~  
~~schnell und kostenfrei anerkannt werden~~ Berufsabschlüssen.

55 • ~~zur Überwindung von Sprachbarrieren die Einführung von Mehrsprachigkeit in der Ausbildung.~~

56 • dafür, dass Kitas, Schulen, Berufsschulen, Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen  
personell und

57 finanziell zusätzlich ausgestattet werden, um eine bedarfsgerechte und individuelle  
58 Sprachbildung gewährleisten zu können.

59 • dafür, dass interkulturelle ~~Kompetenz und Deutsch als Fremdsprache als~~  
~~Querschnittsqualifikationen~~ Kompetenzen in

60 die regulären pädagogischen Aus- und Weiterbildungen integriert werden. Lehrpersonal muss  
61 umfassend Weiterbildung ermöglicht werden.

## 62 **Gewerkschaftliche Handlungsfelder ~~im~~ Betrieb und ~~der Verwaltungsstelle~~ Verwaltung**

63 Wir begrüßen die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit und fordern dies  
64 auch aktiv ein.

65 Bestrebungen der Wirtschaft und von einigen Politiker\_innen, auf diesem Weg Lohndumping zu  
66 betreiben, indem sie beispielsweise Ausnahmen vom Mindestlohn und Teilqualifikationen fordern,  
67 lehnen wir entschieden ab. Solcherlei Ausnahmen führen zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft  
68 und werden rechtspopulistischen Argumenten Vorschub leisten. Vielmehr müssen Wege in Ausbildung und  
69 Arbeit einem hohen Qualitätsniveau entsprechen, damit die betroffenen Menschen langfristige  
70 Perspektiven bekommen. Dies gilt sowohl für Geflüchtete als auch für alle anderen Menschen.

## 71 **Gewerkschaftliche Handlungsfelder – Kooperation im Dachverband**

72 Dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften kommt in der Frage, wie man  
73 gesellschaftliche Vielfalt lebt, eine besondere Rolle zu. Die anfängliche Euphorie, das  
74 plakative „Wir schaffen das!“ ist jedoch in vielen Teilen der Bevölkerung der Skepsis  
75 ~~gegenüber der politischen Verantwortung gewichen. Die Unterstützung von Geflüchteten ist~~  
76 ~~teilweise abgeebbt oder sogar ins Gegenteil umgeschlagen. Solidarität mit Geflüchteten ist~~  
77 ~~für uns jedoch keine „Charity“; es ist ein langfristiger Prozess. Dieser muss entsprechend~~  
gegenüber der politischen Verantwortung gewichen. Solidarität mit Geflüchteten ist  
für uns keine „Charity“; sie ist ein langfristiger Prozess. Dieser muss entsprechend  
78 kontinuierlich weitergeführt werden. Hierfür müssen wir in den Betrieben, in der Politik und in der  
79 Gesellschaft werben sowie das Bewusstsein der Menschen ansprechen.

### 80 **Wir ~~fordern:~~ setzen uns dafür ein, dass:**

- 81 • ~~eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements vieler Kolleg\_innen. Dazu~~  
82 ~~brauchen wir vereinfachte Möglichkeiten für Angestellte des Öffentlichen Dienstes und~~  
83 ~~Beamte, eine Dienstbefreiung zu erhalten, wenn sie ehrenamtlich in der Geflüchtetenhilfe aktiv~~  
84 ~~sein wollen.~~
- das ehrenamtliche Engagement vieler Kolleg\_innen gewürdigt und gestärkt wird.
- 85 • ~~dass private und öffentliche Unternehmen der Privatwirtschaft~~ das ehrenamtliche Engagement ihrer  
86 Mitarbeiter\_innen, z. B. durch Freistellung bzw. Sonderurlaub oder durch Spenden für  
Geflüchtete, unterstützen.
- 87 • ~~die Öffnung der europäischen Grenzen und dass sich der Europäische Gewerkschaftsbund dafür~~  
88 ~~einsetzt.~~
- 89 • ~~dass gemeinsam mit den Gewerkschaften flächendeckend Rechtsschutzstellen eingerichtet werden~~  
flächendeckende,  
90 die auf die besonderen rechtlichen Probleme öffentlich geförderte Beratungsstellen zur besseren  
Unterstützung auch in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen unter Beteiligung der Geflüchteten  
spezialisiert sind Gewerkschaften aufgrund ihres Fachwissens eingerichtet werden. Dies kann in  
91 Kooperation mit anderen Beratungsstellen und Initiativen geschehen.